
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 17/3 (1990)

DOI: 10.11588/fr.1990.3.56706

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

bien dans une structure fédérale prévisible d'une Allemagne occidentale encore à créer, mais de pouvoir tout de même en séparer ce nouveau Land, si jamais le besoin s'en faisait sentir.

Il n'y eut finalement ni de »Territoire de la Ruhr«, ni d' »Etat de la Ruhr«, ni même deux Länder distincts, mais la réunion des deux provinces de Rhénanie du Nord et de Westphalie pour former le nouveau Land de Nordrhein-Westfalen. C'est la lente élaboration de cette nouvelle structure que détaille l'auteur dans son introduction, élaboration marquée de projets parfois utopiques, d'impasses et de retours en arrière dans des directions abandonnées plusieurs mois plus tôt.

Le reste du volume est consacré à la publication de près de 250 textes parmi les plus significatifs conservés essentiellement au Public Record Office de Londres, mais aussi, pour quelques uns d'entre eux dans les archives du ministère des Affaires étrangères à Paris, de la CDU à St. Augustin et aux National Archives de Washington. La période couverte s'ouvre le 22 août 1944 par le compte rendu d'un entretien entre A. Eden et R. Massigli au Foreign Office et se clôt tout naturellement à la fin de l'année 1946 sur les rapports annonçant l'installation du gouvernement du nouvel état.

Des fac-similés en couleurs de cartes et de documents, hachurés et annotés de la main même de leur auteur ou destinataire contribuent à rendre extrêmement vivant pour le lecteur, ce passé encore proche. De même, le chercheur ne manquera pas d'apprécier avec quel soin est consignée la totalité des en-têtes et références chiffrées de toutes les pièces d'archives citées ainsi que les annotations manuscrites en marge que l'importance de leur auteur rend souvent si intéressantes. Dans l'index des noms, l'auteur a eu l'excellente idée de rappeler en quelques mots les titres et fonctions à l'époque envisagée, des protagonistes, en général très connus, mais parfois un peu moins, de ces discussions.

Marie-France LUDMANN-OBIER, Strasbourg

De Monnet à Massé. Enjeux politiques et objectifs économiques dans le cadre des quatre premiers Plans (1946-1965), sous la direction de Henry ROUSSO, actes de la table ronde tenue à l'IHTP les 24 et 25 juin 1983, Paris (Ed. du CNRS) 1986, 245 S.

Planwirtschaft ist ein Phänomen, das gemeinhin als ein Attribut sozialistischer Staaten begriffen wird. Das Frankreich der IV. und V. Republik wird nicht zu dieser Gruppe von Ländern gerechnet, auch nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten. Dennoch ist die Existenz eines staatlichen Wirtschaftsplans ein Faktum von Gewicht in der französischen Nachkriegsgeschichte. Dieses Experiment, das sich im Laufe der Jahre vom Provisorium zur ständigen Einrichtung wandelte, stellte jedoch eine originär französische Form von Planwirtschaft dar und unterschied sich in Theorie und Praxis prinzipiell von der in den sozialistischen Ländern gebräuchlichen Form. Dies ergibt sich zwangsläufig schon daraus, daß die französische »planification« nach wie vor in einem überwiegend privatwirtschaftlich organisierten Umfeld wirkte. Daran änderte auch die kurze Phase der Verstaatlichungen 1945/46 grundsätzlich nichts, die in ihren Auswirkungen selbst für die betroffenen Bereiche oft überschätzt wird. Die in dem hier vorliegenden Band enthaltenen Tagungsbeiträge unternehmen den Versuch, den tatsächlichen Einfluß des Plans auf die von ihm in erster Linie betroffenen Sektoren abzuschätzen.

Während die Tradition planvollen staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsprozess in Frankreich bis in das 19. Jh. zurückreicht, erlangte der »Plan« erstmals in der Zeit der deutschen Besatzung Bedeutung. In den 1930er Jahren aus der Not der Krise hervorgegangen, gelangten Vertreter der Schule der Wirtschaftsplaner unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft an die Spitze des 1941 gegründeten Industrieministeriums, dessen Rolle H. Roussso in seinem Beitrag untersucht. Er arbeitet dabei den dirigistischen Ansatz des Ministeriums heraus, dessen Ziel letztlich die direkte Lenkung aller Ressourcen, die staatliche Befehlswirt-

schaft war. Interessanterweise bewirkten die Befreiung und der politische Neuanfang keinen Bruch in dem dirigistischen Ansatz des Hauses, da zum einen die kurze Phase der Nationalisierungen folgte und zum anderen die Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit den Zwang zu staatlicher Planung mit sich brachte.

Der noch von General de Gaulle Anfang 1946 dekretierte Aufbruch in die »planification« brach dennoch mit dieser Tradition der Vichyzeit, da nicht mehr das Industrieministerium, sondern ein dem Premierminister direkt unterstellter Kommissar für den Plan verantwortlich zeichnete. Jean Monnet, dessen Name noch immer mit dem »Plan« identifiziert wird, schlug ein neues, begrenzteres, darum aber nicht weniger ambitioniertes Projekt vor. Monnet zielte auf die Förderung ihm wichtig erscheinender Basissektoren, insbesondere von Kohle und Stahl ab, wodurch der gesamtwirtschaftliche Aufschwung bewirkt werden sollte. Das Instrument dieser Politik war die Steuerung der staatlichen Investitionsprogramme, die auf den von den Plankommissionen erstellten Bedarfsanalysen basierten. Diese Kommissionen waren keine Regierungsorgane, sondern ein von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und der Administration paritätisch besetztes Forum, so daß der Monnetplan alle Züge einer konzertierten Aktion trug.

In ihrem Beitrag analysiert C. ANDRIEU mit der Finanzierung des Plans den schlechthin entscheidenden Aspekt eines Projektes, das im wesentlichen Subventionen verteilte. In der Startphase kamen die Mittel des Plans zunächst aus dem ohnehin völlig desolaten Staatshaushalt, so daß im Grunde keine gesicherte Finanzierung vorhanden war. Möglich wurde seine langfristige Realisierung erst mit der Gewährung umfangreicher Auslandskredite, die erst im Rahmen des Marshallplans zur Verfügung standen. Erst das hatte auch die spürbare Entlastung des Budgets zur Folge. Der Abbau des Haushaltsdefizits ab 1949 schuf dann die Grundlage zur Eindämmung der galoppierenden Inflation, was zweifellos den Weg aus der wirtschaftlichen Talsohle Anfang der 50er Jahre bereiten half.

Neben Beiträgen zu den verstaatlichten Sektoren Elektrizität, Kohle und öffentliche Arbeiten wird von der Privatwirtschaft vor allen Dingen die Stahlbranche in zwei Beiträgen eingehend untersucht, die nicht von ungefähr den Löwenanteil der für den privaten Sektor bestimmten Subventionen einstrich (vgl. P. MIOCHE und M. MARGAIRAZ). Monnet räumte der Stahlbranche Priorität ein. Das war nicht nur wichtig angesichts ihrer chronischen Kapitalchwäche. Während des ersten Plans 1947 bis 1952 konnte die Branche nur 31 Prozent ihrer Investitionen aus eigenen Mitteln bestreiten und auch in den Jahren danach sich auf die verschiedenste Weise aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Über den Wiederaufbau des Landes hinaus zielte Monnet jedoch auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Stahlindustrie, die das Rückgrat einer florierenden Exportwirtschaft bilden sollte (was übrigens auch eine deutschlandpolitische Komponente hatte). Daß dieses Ziel aufs Ganze gesehen verfehlt wurde, lag u. a. daran, daß trotz der Anstrengungen der nationalen Kohleförderung, trotz der Saarannexion und trotz (wenn auch beschränkter) Ruhrkohleimporte bis in die Mitte der 50er Jahre in Frankreich und in ganz Westeuropa steter Energiemangel herrschte. Überdies unternahmen auch andere Staaten Anstrengungen im Bereich der Stahlproduktion. Die Einsicht, daß Frankreich sich trotz aller Bemühungen nicht aus den europäischen Zusammenhängen lösen konnte, führte 1950 zur Lancierung des Schumanplans, der *cum grano salis* die zweite Stufe des Monnetplans darstellte.

Auf der anderen Seite bedeutete die Abhängigkeit von den öffentlichen Mitteln das Einfallstor staatlicher Maßnahmen auch in der Privatwirtschaft. Dies war der Hebel, mit dessen Hilfe Monnet die konzentrationsscheuen Stahlindustriellen auf die Bahn der Unternehmenszusammenschlüsse zwang. Dem hätten diese sich nur durch Verzicht auf die Subventionen entziehen können. In der Tat vollzogen sich die entscheidenden Fusionen in der Zeit des ersten Plans 1947 bis 1952. Erst der Einbruch der Stahlkrise in der zweiten Hälfte der 60er Jahre bewirkte erneut, nun aber bedeutendere Konzentrationsbewegungen.

Was exemplarisch für die Stahlindustrie gilt, gilt grundsätzlich für den gesamten Plan. Der

Plan Monnet ist für den Mythos der »planification« verantwortlich. Der zweite und der dritte Plan treten in ihrer Bedeutung klar hinter dem ersten zurück. Diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch den Band. Erst der erneute Machtantritt de Gaulles verhilft dieser Institution unter der Leitung Pierre Massés zu neuem Glanz. Schließlich überdauerte der Plan auch die Anfang der 1980er Jahre entstehenden Probleme und ist zu einem dauerhaften »Provisorium« geworden.

Festzustellen, daß die hier besprochene Bilanz noch viele Fragen offen läßt, bedeutet keine Einschränkung ihres Wertes. Die Publikation gewinnt im Gegenteil noch dadurch, daß im Anschluß an die Referate die Diskussionen zwischen Wissenschaftlern und Zeitzeugen abgedruckt wurden, die so manche Kontroverse enthalten, die die referierten Analysen präzisieren oder abzuwandeln geeignet sind.

Woldemar VENOHR, Berlin

Raymond POIDEVIN, Robert Schuman. Avec un témoignage de Raymond BARRE, Paris (Beauchesne) 1988, 254 S. (Collection Politiques et Chrétiens, 4).

Seiner großen Würdigung Robert Schumans, die 1986 als erste umfassende wissenschaftliche Biographie des französischen Politikers erschien¹, läßt Raymond Poidevin nun ein schmaleres Buch folgen, das einen knappen biographischen Abriss mit einer Auswahl von Texten aus der Feder Schumans verbindet. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, der Persönlichkeit des – im Unterschied zu de Gaulle – weder in Frankreich noch in der Bundesrepublik einer größeren Öffentlichkeit in Erinnerung gebliebenen Politikers näher zu kommen. Bei der Textauswahl und -zusammenstellung verzichtet Poidevin auf eine strikte Chronologie, dennoch treten die drei Hauptabschnitte im Leben von Schuman – bis 1918, Zwischenkriegszeit, nach 1945 – deutlich hervor.

Das wohl wichtigste Dokument für die Jahre vor 1918 ist ein Brief, den Schuman 1920 an einen Verwandten schrieb, in dem er die Gründe für seine Abkehr von Deutschland darlegte. Dabei stellte er zunächst seine Neutralität und Indifferenz gegenüber Deutschland heraus und begründete diese mit einem Kosmopolitismus, der typisch gewesen sei für die Bewohner eines Grenzlandes, in welcher Rolle sich Lothringen schon immer befunden habe. Unbeschadet davon pflegte er eine gewisse Wertschätzung für das deutsche Rechts- und Verwaltungssystem, im dem zu arbeiten er schließlich ausgebildet worden war. Frankreich habe er zu dieser Zeit dagegen nur höchst oberflächlich gekannt. Es sei dann der Krieg in Belgien 1914 und die deutsche Kriegführung generell gewesen, die in ihm die innere Ablösung von Deutschland bewirkt hätten. Die Folge war, daß Schuman ein Verfechter eines harten Diktatfriedens gegenüber Deutschland und zum Anhänger der Politik Clemenceaus und Poincarés wurde.

In den ersten Jahren seiner Abgeordnetenzeit, die Ende 1919 begann, zeigte sich Schuman als geduldiger Vermittler zwischen dem Partikularismus des an Frankreich zurückgefallenen Reichslandes und dem französischen Zentralismus. Der in Autonomiebestrebungen gipfelnde Konflikt mit Paris ist ein in Deutschland heute vergessenes Kapitel, bildete das Pendant zum rheinischen Separatismus und verweist schon auf die wahrlich nicht einfache Situation der Elsässer und Lothringer nach 1945. Daneben erscheinen Schumans außenpolitische Einlassungen dieser Jahre, z. B. seine Haltung zu Hitlers Politik gegenüber der CSR 1938, als weniger bedeutend.

Ein interessantes Kapitel ist die Haltung Schumans in bezug auf das Verhältnis von Kirche und Staat, die grundlegend für sein Politikverständnis war. Exemplarisch zeigte sich das in Schumans Kampf gegen das Vordringen des Laizismus' der III. Republik in das dem bis dahin noch nicht ausgesetzten Elsaß-Lothringen. Schumans Haltung zur Republik bestimmte sich

1 Vgl. FRANCIA 15 (1987) S. 1083–1087.